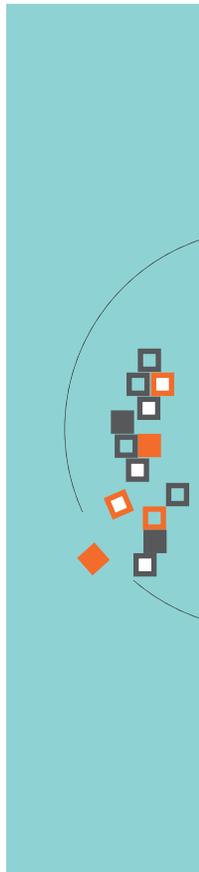


**ABSCHLUSS  
BERICHT  
ÖSTERREICH**

**MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering**

www.mem-volunteering.net



**BÜRGERSCHAFTLICHES  
ENGAGEMENT  
VON MIGRANTINNEN**

Margit Grilz-Wolf  
Charlotte Strümpel



EUROPEAN CENTRE • EUROPÄISCHES ZENTRUM • CENTRE EUROPÉEN  
FOR SOCIAL WELFARE POLICY AND RESEARCH • FÜR WOHLFAHRTSPOLITIK UND SOZIALFORSCHUNG • DE RECHERCHE EN POLITIQUE SOCIALE  
AFFILIATED TO THE UNITED NATIONS • IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VEREINigten NATIONEN • AFFILIÉ AUX NATIONS UNIES

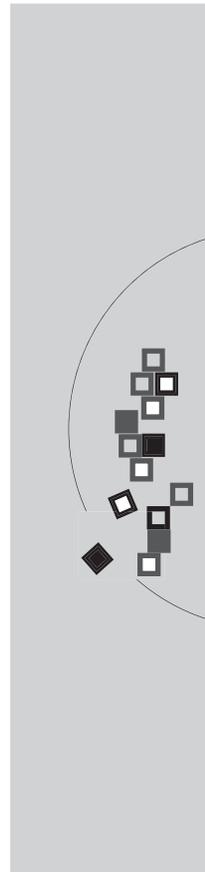


# ABSCHLUSS BERICHT ÖSTERREICH

## MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering

Transnationales Austauschprogramm in Österreich, Dänemark, Deutschland Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden im Rahmen des Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Sozialer Ausgrenzung (2002-2006)

www.mem-volunteering.net



## BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT VON MIGRANTINNEN

Margit Grilz-Wolf  
Charlotte Strümpel

Wien 2003

Finanzielle Unterstützung:

Europäischen Kommission  
Generaldirektion für Beschäftigung  
und soziale Angelegenheiten

Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend,  
Deutschland

© Europäisches Zentrum  
für Wohlfahrtspolitik und  
Sozialforschung



# Inhalt

- 1. Einleitung 3**
  - Ziele 3
  - Methoden / Vorgehen 3
  
- 2. Überblick zur Situation von MigrantInnen in Österreich 5**
  - Terminologie 5
  - Geschichtlicher Abriss 5
  - Demographische Aspekte 6
  - Gesetzliche Rahmenbedingungen 7
  - Bildungspolitische Aspekte 9
  
- 3. Überblick zur Freiwilligenarbeit in Österreich 13**
  - Definition 13
  - Quantitative Ausprägung des freiwilligen Engagements in Österreich 13
  - Förderung der Freiwilligenarbeit in Österreich 14
  
- 4. MigrantInnenvereine in Österreich 16**
  
- 5. Beispiele bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen 18**
  - CARITAS-Wien: Projekt „Ehrenamtliche Mitarbeit“ 19
  - Ausländer-Integrationsbeirat (AIB) Linz 19
  - Nachbarschaftszentren 19
  - Seniorenverein von und für MigrantInnen 19
  - Verein ZEBRA - Zentrum zur sozialmedizinischen, rechtlichen und  
kulturellen Betreuung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich:  
Projekt Ehrenamtliche Gruppe für die Schubhaftbetreuung 20
  - Verein Zeit!Raum – Verein zur Förderung von soziokultureller Arbeit 20

<b>6. Perspektiven Bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen in Österreich</b>	<b>21</b>	
<i>Weitgehende Unbekanntheit des Themas in Österreich</i>	<b>21</b>	
<i>Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen in der Forschung</i>	<b>21</b>	
<i>Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen – ein Schritt zur Integration?</i>	<b>21</b>	
<i>Besonderer Stellenwert des Engagements älterer MigrantInnen</i>	<b>24</b>	
<i>Kulturelle Bedingtheit des Verständnisses von und Motive für Bürgerschaftliches Engagement</i>	<b>25</b>	
<i>Voraussetzungen für Bürgerschaftliches Engagement</i>	<b>26</b>	
<i>Maßnahmen der Förderung</i>	<b>27</b>	
<i>Konsequenzen für die zukünftige Entwicklung von Bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen in Österreich</i>	<b>28</b>	
<b>7. Literatur</b>	<b>30</b>	
<b>8. Annex</b>	<b>32</b>	
<i>1. Flyer</i>	<b>32</b>	
<i>2. Adressenliste</i>	<b>34</b>	
<i>3. Fragebogen</i>	<b>40</b>	
<i>4. Agenda des nationalen Vernetzungstreffens</i>	<b>43</b>	<b>2</b>
<i>5. TeilnehmerInnenliste des nationalen Vernetzungstreffens</i>	<b>44</b>	

Rechtlicher Hinweis:

Der Bericht gibt die Meinungen des Autors wieder.

Die Europäische Kommission übernimmt keine inhaltliche Verantwortung.

# 1. Einleitung

## Ziele

Die Zielsetzungen der ersten Phase umfassten die Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen in den jeweiligen Partnerländern, die Analyse der nationalen Politiken zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen, die Identifikation von kommunalen und regionalen Programmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen, die Zusammenstellung von best-practice-Modellen und den Beginn eines Netzwerkaufbaues von Partnern aus den Bereichen Politik und Praxis in jedem teilnehmenden Land, das aus Nichtregierungsorganisationen, Migrantenselbstorganisationen und Gebietskörperschaften bestehen soll. Dieses Netzwerk soll in der zweiten Phase des Projektes erweitert und gefestigt werden.

## Methoden / Vorgehen

Die Vorgehensweise bei diesem Forschungsprojekt wurde von der Abteilung „Altern, Pflegepolitik und soziale Dienstleistungen“ des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung besprochen und erarbeitet.

Die Recherche selbst begann mit einer Literatur- und Datenerhebung zu den Fragen:

*Welche (neuesten) Studien gibt es zum Thema?*

*Welche Personen / Experten in Österreich beschäftigen sich mit diesem Thema?*

*Welche MigrantInnenvereine gibt es in Österreich?*

*Gibt es eine Datenbank der Vereine?*

*Gibt es eine Informationsstelle zu MigrantInnenarbeit in Österreich?*

Sehr bald erkannten wir, dass Publikationen und Studien zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen in Österreich“ nicht aufliegen. Dieses Thema hat weder Eingang in die Literatur zur Freiwilligenarbeit in Österreich gefunden, noch beschäftigen sich Studien zur MigrantInnensituation in Österreich mit dem Thema.

Infolgedessen versuchten wir in unserer Arbeit aus der bestehenden Literatur zur Freiwilligenarbeit in Österreich und aus Berichten zur Situation von MigrantInnen eine Conclusio zwischen den beiden Bereichen zu schaffen, die es uns ermöglichen sollte, Aussagen über „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen“ zu treffen.

Weiters stellten wir eine Liste von Vereinen zusammen, in denen MigrantInnen freiwillig tätig sein könnten und suchten Kontakt zu Dachorganisationen wie dem Wiener Integrationsfonds, die uns möglicherweise weitere Kontakte vermitteln könnten.

Mit den Vereinen (siehe Adressenliste im Anhang) stellten wir den Erstkontakt über eine Emailaussendung mit der Projektbeschreibung und dem Erhebungsbogen für die Recherche her. Danach suchten wir den telefonischen Kontakt zu den Vereinen, um auch auf diesem Wege das EU-Projekt vorzustellen, mögliche offene Fragen direkt zu beantworten und eine gezielte Ansprechperson zu finden bzw. Hinweise auf weitere mögliche Vereine / Initiativen zu bekommen.

Den Abschluss des Projekts bildete das nationale Vernetzungstreffen, das am 13. Juni 2003 im Europäischen Zentrum in Wien stattfand.

Neben Mitarbeiterinnen des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik aus den Abteilungen „Altern, Pflegepolitik und soziale Dienstleistungen“ und „Internationale Migration und soziale Integration“ nahmen Angelika Münz von der Community Partnership Consultants aus den Niederlanden (EU-Projektpartner), Susanne Huth vom Institut für Berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus Deutschland (EU-Projekt Koordinator) sowie Eva Bertalan (Wiener Hilfswerk, NZ 17), Claudia Hoffman (Verein Zeit!Raum), Borko Ivankovic (Seniorenverein von und für MigrantInnen) und Doris Kapeller (Verein Peripherie) teil.

Das Vernetzungstreffen diente zur Präsentation und Verbreitung der Projektergebnisse in Österreich, zur Darstellung der Situation in den Niederlanden, zur Vernetzung der teilnehmenden Organisationen und zu einer offenen Diskussion zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen in Österreich“.

Der Inhalt des Berichtes gibt einen Überblick über die Situation von MigrantInnen und Freiwilligenarbeit in Österreich. Das Kapitel „Perspektiven Bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen in Österreich“ setzt die Ergebnisse der Arbeit in Beziehung zu den Zielen des Projektes.

## 2. Überblick zur Situation von MigrantInnen in Österreich

### Terminologie

Der Begriff MigrantInnen ist eng in Beziehung zu Arbeitsmigration / ArbeitsmigrantInnen zu setzen und zu sehen. Er wird in Österreich nach wie vor oft gleichbedeutend mit dem Terminus Ausländer / Ausländerin verwendet. Die unterschiedlichen Definitionen der Begriffe MigrantIn / ArbeitsmigrantIn / GastarbeiterIn / AsylwerberIn haben in der Öffentlichkeit, in den Medien und bei politischen Diskursen noch nicht Fuß gefasst. Die Verwendung der Begriffe erfolgt oft undifferenziert.

### Geschichtlicher Abriss

2001 hatte Österreich 8,06 Mio. EinwohnerInnen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung betrug knapp mehr als 9%. Beinahe die Hälfte (328.300 oder 45%) der ausländischen Wohnbevölkerung setzte sich aus Staatsangehörigen eines der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zusammen. Die zweitgrößte AusländerInnengruppe stellten die türkischen StaatsbürgerInnen in Österreich mit 130.100 Personen bzw. 18%. Somit waren rund 63% der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich BürgerInnen eines der Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder der Türkei (Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsfortschreibung, Volkszählung 2001).

Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich Österreich aufgrund des Arbeiterkräftemangels von einem Auswanderungsland zu einem Einwanderungsland.

5

In den Jahren 1950-1974 war Migrationspolitik in Österreich ausschließlich Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Zuwanderung bedeutete in dieser Phase vor allem Arbeitsmigration. Integration und Niederlassung der „GastarbeiterInnen“ war kein Bestandteil der Migrationspolitik.

1974 verkündete Österreich einen Anwerbestopp mit dem Ziel der Verringerung und der Rückkehr ausländischer Arbeitskräfte. Das Instrument dazu war das Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 <sup>[1]</sup>, das den Inländerprimat auf dem Arbeitsmarkt

---

[1] Das AuslbG regelt den Zugang von AusländerInnen zum Arbeitsmarkt.

Bei der ursprünglichen Fassung des AuslbG von 1975 benötigten ausländische Staatsangehörige eine an den/die ArbeitgeberIn bindende und jährlich zu verlängernde Beschäftigungsbewilligung. Bei Nichtverlängerung dieser drohte der Verlust der Aufenthaltsberechtigung.

fest schrieb. Dieses erwies sich zusammen mit dem Ausschluss der AusländerInnen von bestimmten wohlfahrtstaatlichen Leistungen als wirksame Maßnahme, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zu reduzieren. Waren 1973 noch 226.800 ausländische Arbeitskräfte in Österreich beschäftigt, so wurden bis 1984 netto 88.000 von ihnen abgebaut (Münz, Zuser, Kytir 2003: 23).

*Tabelle 1: Unselbständig beschäftigte AusländerInnen am Arbeitsmarkt*

Jahr	Anzahl der ausländischen Beschäftigten
1973	226.800
1984	138.700
1993	217.611
2002	334.432

\*Quelle: Österreichisches Forum für Migrationsstudien, [http://www.oefm.org/stat\\_3\\_1.html](http://www.oefm.org/stat_3_1.html)  
Münz, Zuser, Kytir 2003: 23

Der Aufnahmestopp führte bei einem Teil der zugewanderten Arbeitskräfte dazu, dass sie nicht wie bisher je nach Arbeitsmarktlage zwischen Herkunftsland und Österreich pendelten, sondern aus Angst, Arbeitsplatz und Aufenthaltsrecht zu verlieren, eine Rückkehr in Herkunftsland hinausschoben. Dies wiederum bedingte die zunehmende Integration dieser MigrantInnen und ihrer Familien und eine Rückkehr wurde immer stärker zu einer „Illusion“. Damit vergrößerte sich die Differenz zwischen der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte und der Größe der ausländischen Wohnbevölkerung. Während die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von 1974 bis 1984 um rund 40% zurückging, blieb die ausländische Wohnbevölkerung weitgehend konstant. Der Familiennachzug zu den in Österreich verbliebenen ArbeitsmigrantInnen kompensierte die Rückwanderung ins Herkunftsland.

6

## Demographische Aspekte

Aufgrund dieser Entwicklung änderte sich die soziodemographische Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung. Der Anteil an Frauen stieg von 1971 bis 1981 ebenso wie der Anteil der Kinder unter 15 Jahren um rund 7%.

Heute unterscheidet sich die ausländische Wohnbevölkerung im Altersaufbau deutlich von der österreichischen. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahre beträgt bei der ausländischen Wohnbevölkerung 22%; bei der inländischen Wohnbevölkerung 17%. Auch der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen von Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 60 Jahre) ist um 12% höher (AusländerInnen: 73%, Österr-

reicherInnen: 61%). Der Anteil der über 60-Jährigen beträgt unter den ausländischen Staatsangehörigen 7%; dagegen beträgt der Anteil der über 60-Jährigen bei der österreichischen Bevölkerung 22,4% (Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsfortschreibung, Volkszählung 2001).

Mehr als ein Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung (257.000) lebt im Bundesland Wien, danach folgen Oberösterreich mit 102.000 und Niederösterreich mit 95.800. Somit umfasst der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen in diesen drei Bundesländern in Österreich fast zwei Drittel. Es leben jedoch nur 55% der ÖsterreicherInnen in diesen drei Ländern (Quelle: Statistik Austria: Volkszählung 2001).

BürgerInnen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind in den meisten Bundesländern die größte Gruppe (Kärnten: 59%, Oberösterreich und Salzburg: je 52%, Steiermark: 47%, Wien: 45%).

Mehr als die Hälfte aller ausländischen Staatsangehörigen leben in den zehn größten Städten Österreichs (52%), aber nur 29% der österreichischen Wohnbevölkerung (Quelle: Statistik Austria: Volkszählung 2001).

Es leben in Österreich rund 384.000 männliche ausländische Staatsangehörige und 346.000 weibliche, wobei der Männeranteil bei den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (53%) und der Türkei (56%) am höchsten ist (Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsfortschreibung, Volkszählung 2001).

## Gesetzliche Rahmenbedingungen

Modellhaft kann man bei der Zuwanderung nach Österreich von folgender Abfolge ausgehen:

- *Migration*
- *Aufenthalt in Österreich als AusländerIn*
- *Österreichische Staatsbürgerschaft oder weiterhin Aufenthalt in Österreich ohne österreichische Staatsbürgerschaft*

Nach sechs Jahren nachweislich „nachhaltiger persönlicher und beruflicher Integration“ ist der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft unter Niederlegung jeder anderen Staatsbürgerschaft möglich; nach 15 Jahren Aufenthalt bei Nachweis „nachhaltiger persönlicher und beruflicher Integration“ ist ein Rechtsanspruch auf Staatsbürgerschaft gegeben. Der Großteil der Einbürgerungen erfolgt nach 10 Jahren. (Ermessensanspruch der Behörde) (Europaforum Wien 2002: 280, 281).

In Österreich haben Drittstaatsangehörige kein aktives oder passives Wahlrecht auf Länder- und Kommunalebene und es gibt keine eigenen Beschäftigungsförderprogramme für ArbeitnehmerInnen nicht österreichischer Abstammung (Europaforum Wien 2002: 290-291).

Im Dezember 2002 wurde in Wien vom Landtag die Einführung des Wahlrechts für alle ausländischen Staatsangehörigen auf Bezirksebene beschlossen. Nach einem Einspruch der Bundesregierung fasste der Wiener Landtag im April 2003 einen Beharrungsbeschluss. Die Landtagsklubs von der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs kündigten an, die neue Regelung beim Verfassungsgerichtshof anfechten zu wollen (Wiener Integrationsfonds 2003: 30).

Bis 1989 orientierte sich die Migrations- und Integrationspolitik an die Gastarbeiterpolitik der 1960er Jahre. Mit der Ostöffnung und Jugoslawienkrise in den 1990er Jahren und den damit steigenden Anstieg von AusländerInnen in Österreich, erhielt die Begrenzung des Neuzuzugs aus dem Ausland hohe Priorität. Mit dem 1993 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz (AufG1992) begann eine neue Einwanderungspolitik in Österreich. Das Jahr 2002 war in Österreich geprägt von Diskussionen und Begutachtungsverfahren zur Fremdenrechtsreform. Im Juli 2002 beschloss der österreichische Nationalrat die umfassende Novellierung des Fremdengesetzes (FrG 1997) und des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG). Die neuen Regelungen traten am 01.01.2003 in Kraft (Wiener Integrationsfonds 2003: 20).

Die im Vorfeld heftig diskutierte Einführung der Integrationsvereinbarung (IV) sieht den verpflichtenden Erwerb von Grundkenntnissen der deutschen Sprache vor und bezweckt laut Gesetz die „Erlangung der Befähigung zur Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Österreich.“ Sie ist als Voraussetzung für die erstmalige oder weitere Erteilung einer Niederlassungsbewilligung (NB)<sup>[2]</sup> im Fremdengesetz verankert. Sie kann durch Absolvierung eines „Deutsch-Integrationskurses“ erfüllt werden. Zur Eingehung einer Integrationsvereinbarung sind grundsätzlich alle Nicht-EWR-Staatsangehörigen verpflichtet, die sich seit dem 01.01.1998 mit einer Erstniederlassungsbewilligung niedergelassen haben oder die ab 01.01.2003 eine Erstniederlassungsbewilligung erteilt bekommen. Der/die EinwanderIn muss die Integrationsvereinbarung innerhalb von 2 Jahren zu erfüllen beginnen bzw. innerhalb von 3 Jahren ab der Niederlassungsbewilligung erfüllt haben. Wenn dies nicht geschieht, sieht das Gesetz Geldstrafen in der Höhe von 100,-- bis 200,-- Euro vor bzw. kann ihm/ihr auch die Ausweisung drohen (Wiener Integrationsfonds 2003: 23).

---

[2] InhaberInnen eines Niederlassungsnachweises dürfen sich in Österreich auf unbefristete Zeit aufhalten und arbeiten. Ein Niederlassungsnachweis wird erteilt wenn der/die AusländerIn die „IV“ erfüllt. D.h.:

- seit mindestens 5 Jahren mit einer Niederlassungsbewilligung in Österreich lebt,
- ein regelmäßiges Einkommen aus erlaubter Erwerbstätigkeit hat,
- oder als Ehepartner oder minderjähriges Kind im gemeinsamen Haushalt mit einem/einer Person lebt, die die vorab genannten Voraussetzungen hat und ihren Hauptwohnsitz seit 5 Jahren in Österreich hat,
- seit 5 Jahren in Österreich niedergelassen ist und aktuell oder ehemals schulpflichtig in Österreich war/ist,
- oder Familienangehörige/r eines österreichischen oder EWR-Staatsbürgers ist und seit mindestens 2 Jahren seinen/ihren Hauptwohnsitz in Österreich hat.

Mit der Niederlassungsverordnung 2003 legte die österreichische Bundesregierung die Quoten der Niederlassungen, die im Jahr 2003 erteilt werden können, fest. Die Gesamtquote beträgt 2003 insgesamt 8.070 Personen. 2.185 Niederlassungsbewilligungen können 2003 an unselbstständig erwerbstätige Schlüsselarbeitskräfte sowie deren Familienangehörige und Familienangehörige von selbstständig erwerbstätigen Schlüsselarbeitskräften erteilt werden. Die Quote für letztere wird gesondert ausgewiesen und beträgt 140 für ganz Österreich. Im Rahmen des Familiennachzugs dürfen zu bereits niedergelassenen EinwanderInnen 5.490 Personen 2003 einwandern. Zu privaten Zwecken (ohne Erwerbstätigkeit) dürfen 175 Personen einwandern.

Die Zahl der befristet beschäftigten Fremden beträgt 8.000 und die der ErntehelferInnen 6.000 Personen (Wiener Integrationsfonds 2003: 26-29).

Noch komplizierter wird das System durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz für Drittstaatsangehörige. Dieses sieht vor, dass am österreichischen Arbeitsmarkt nicht mehr als 8% der unselbstständig Beschäftigten AusländerInnen sein dürfen. Die Bundeshöchstzahl führt dazu, dass legal in Österreich lebende Fremde - selbst bei Vorliegen eines Niederlassungsnachweises - keine Beschäftigung erhalten.

Beide Quotensysteme schränken die Zuwanderung nach Österreich drastisch ein. Seit Jahren wird von Fachleuten und NGOs gefordert, das Zuwanderungssystem durch die Abschaffung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes zu vereinfachen und diese Integrationsbarriere für bereits niedergelassene Fremde zu beseitigen.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der ausländischen Staatsangehörigen lag bei 12,5%, und damit deutlich über jener der InländerInnen mit 8,4%.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass vor allem die Branchen Beherbergungs- und Gaststättenwesen und das Bauwesen stark von der Beschäftigung ausländischer Staatsangehöriger abhängig sind. Zu Jahresende 2002 waren 38% aller Beschäftigten in Beherbergungsbetrieben und Gaststätten und rund ein Drittel aller im Bauwesen Erwerbstätigen ausländische Staatsangehörige (Wiener Integrationsfonds 2003: 16).

## **Bildungspolitische Aspekte**

Im Schuljahr 2000/2001 wurden in der Schulstatistik 110.600 ausländische SchülerInnen erfasst, das waren 9% aller Schulkinder. Damit entsprach der AusländerInnenanteil an Schulkindern in etwa dem der Wohnbevölkerung (9,3%). 73% der ausländischen SchülerInnen kamen aus den Herkunftsregionen Türkei und Ex-Jugoslawien.

Kinder von MigrantInnen finden sich im wesentlichen in Pflichtschulen, Studierende haben ihre Schulbildung in hohem Maße im Ausland absolviert.

Besonders auffällig ist der überdurchschnittliche Anteil der ausländischen Kinder in Sonderschulen (6 – 14 Jahre). Nach der Schulstatistik 1998/99 haben Sonderschulen den höchsten AusländerInnenanteil an den SchülerInnen (23,1%). Türkische Kinder und Kinder aus den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens sind die Hauptgruppen in Sonderschulen. Der AusländerInnenanteil in Volks- und Hauptschulen (6 – 14 Jahre) beträgt rund 10%, in berufsbildenden Schulen rund 8% und in Allgemeinbildenden Schulen rund 5% (Biffel/Bock-Schappelwein 2003: 124).

Die hohe Anzahl an SonderschülerInnen ist im Hinblick auf die hohe Niederlassungswahrscheinlichkeit von MigrantInnen, besondere Beachtung zu schenken. Es kann sein, dass sich Österreich aufgrund der Nichtintegration von ausländischen Kindern in das Regelschulsystem kurzfristig Kosten erspart, aber langfristig sind die Verluste, die aus einer geringen Qualifikation der Arbeitskräfte resultieren, deutlich höher als die Ersparnisse im Bildungssystem. Eine gute Ausbildung verringert nicht nur die Dauer von Arbeitslosigkeit, sondern trägt auch über eine höhere Arbeitsproduktivität der Beschäftigten zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei. Auch trägt die gegenwärtige Bildungsstrategie zur Ausgrenzung von MigrantInnen bei, indem ein vergleichsweise hoher Anteil keinen Bildungsabschluss erzielt. So waren rund 40% der Jugendlichen aus den Zuwanderungsregionen Türkei und Ex-Jugoslawien im Alter von 17 Jahren als HilfsarbeiterInnen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt tätig (Biffel/Bock-Schappelwein 2003: 125-127).

Bis in die 1990er Jahre nahm das österreichische Bildungssystem die schulischen Probleme niedergelassener MigrantInnenkinder nur am Rande wahr. Als Flüchtlingskinder aus dem ehemaligen Jugoslawien zu Konkurrenten um zusätzliche Förderleistungen bei Sprach- und Lernschwierigkeiten der bereits länger in Österreich anwesenden Gastarbeiterfamilien wurden, blieben die Kinder aus den traditionellen Gastarbeiterregionen, vor allem aus der Türkei, weitgehend ohne Hilfestellung. Die mangelhafte Integration von Kindern aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei wird in dem sprunghaften Anstieg des AusländerInnenanteils in Sonderschulen in den 1990er Jahren sichtbar.

Die Betrachtung der Ausbildungsstruktur ausländischer Jugendlicher weist daraufhin, dass die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in bestimmten Branchen und Bildungsebenen zum Teil eine Folge der Bildungspolitik ist und nur zum Teil aus dem Bildungsverhalten der ausländischen Jugend resultiert. Für die hohe Zahl an SonderschülerInnen unter jungen MigrantInnen dürfte die unzureichende Bildungspolitik verantwortlich sein. Der häufige Übergang aus der Pflichtschule in den Arbeitsmarkt dürfte hingegen direkt mit der Finanzschwäche der Migrantenfamilien, der Bildungsstruktur der Eltern und dem unzureichenden Einblick in die Arbeitsmöglichkeiten in Österreich und der mangelnden Förderung von MigrantInnen im Schulsystem zusammenhängen (Biffel/Bock-Schappelwein 2003: 130).

Eine Bildungs- und Schulsprachenpolitik für MigrantInnen ruht in der Regel auf drei Pfeilern: auf dem Zweitsprachenunterricht in der Sprache des Aufnahmelandes, auf einem adäquaten Muttersprachenunterricht und dem Prinzip des Interkulturellen Lernens.

Maßnahmen zur Förderung des Erwerbs der Staatssprache Deutsch sind in Österreich seit dem Schuljahr 1992/93 die Aufnahme „Deutsch für Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache“ in den Lehrplan der allgemeinen Pflichtschulen (Kinder von 6- 15 Jahren). Im Vordergrund stehen die Hilfe und Unterstützung beim Erlernen von Deutsch als Zweitsprache.

Zur Förderung des Erwerbs der „Muttersprachen“ bzw. „Herkunftssprachen“ wurde mit Beginn des Schuljahres 1992/93 ein sprachenspezifischer Rahmenlehrplan an den allgemein bildenden Pflichtschulen eingeführt. Das heißt es kann muttersprachlicher Unterricht an Schulen angeboten werden. Im Schuljahr 2000/2001 haben rund 23,5% der Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch am muttersprachlichen Unterricht teilgenommen.

„Interkulturelles Lernen“ als Unterrichtsprinzip gibt es seit dem Schuljahr 1991/92. Das Prinzip soll sich wie ein roter Faden durch den schulischen Alltag und alle Fächer ziehen und zu „Verständnis und Achtung für kulturelle, sprachliche und ethnische Vielfalt, zu kritischer Auseinandersetzung mit Ethno- und Eurozentrismus, Vorurteilen und Rassismus und zur Festigung der sprachlichen, kulturellen und ethnischen Identität“ beitragen (de Cillia 2003:131-142).

*Trotz der grundsätzlich positiv zu beurteilenden Maßnahmen kommt es in der praktischen Umsetzung zu folgenden Problemen:*

- Die gesetzliche Regelung, wonach SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch nach spätestens 2 Jahren Unterricht in Deutsch in der Beurteilung wie SchülerInnen mit der Muttersprache Deutsch behandelt werden müssen, führt de facto zu einer Ungleichbehandlung, zumal die Mehrsprachigkeit dieser SchülerInnen nicht in die Leistungsbeurteilung einfließt.
- Die theoretisch möglichen Fördermaßnahmen zur Förderung des Zweitspracherwerbs der Mehrheitssprache werden aufgrund zu wenig zur Verfügung gestellter LehrerInnenstunden nicht ausgeschöpft.
- Der Unterricht in Deutsch wird meistens nur nach dem Unterricht oder am Nachmittag erteilt und die Beurteilung hat keine Versetzungsrelevanz in die nächst höhere Schulstufe.
- In der Sekundarstufe I kann nur eine Pflichtfremdsprache angeboten werden. Das bedeutet, dass die Wahl einer MigrantInnensprache den Verzicht auf die Lingua franca Englisch bedeutet.
- Türkisch kann laut gesetzlichen Vorgaben als Fremdsprache nur in den Hauptschulen und nicht in den Unterstufen der Allgemein Bildenden Höheren Schulen angeboten werden (de Cillia 2003: 142).

Im Regierungsprogramm der jetzigen Regierung findet man im Punkt „Umfassende Integration“ einige Hinweise auf geplante bildungspolitische Maßnahmen, die das Erlernen der Staatssprache Deutsch betreffen. Beispielsweise soll das Erlernen der Staatssprache Deutsch in der Volksschule verstärkt gefördert werden. Hinweise auf die Muttersprachen der Kinder und auf das Prinzip des interkulturellen Lernens fehlen dort jedoch (de Cillia 2003: 132).

Betrachtet man die „Integrationsvereinbarung 2002“ (siehe Seite 8) unter sprachpolitischen und sprachdidaktischen Grundsätzen, so müsste man, um das Ziel der Befähigung zur Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Österreich zu erreichen, das Stundenausmaß der Sprachkurse von derzeit 100 Stunden erhöhen. In vergleichbaren Ländern wie den Niederlanden sind dafür 600 Stunden vorgesehen und in Deutschland geht man von 300 Stunden Sprachkurs und 30 Stunden Orientierungskurs aus. Auch die Summe von 182,-- Euro pro Person, die als Unterstützung gegeben werden kann, unterscheidet sich deutlich von den Unterstützungsleistungen in den Niederlanden die von 4.539,-- bis 6.807,-- Euro reichen (de Cillia 2003: 133, Wiener Integrationsfonds 2003: 24).

Nach Erkenntnissen der Spracherwerbsforschung führen die Schaffung positiver Lernanreize wie in diesem Fall beispielsweise kommunales Wohnrecht, freier Zugang zum Arbeitsmarkt und/oder geförderten Wohnungsmarkt zum Erlernen einer Sprache und zum intensiven (Sprach)Kontakt mit der einheimischen Wohnbevölkerung.

Die Sanktionierung der Nichterfüllung der „Integrationsvereinbarung“ im Extremfall mit der Nichtverlängerung der Niederlassungsbewilligung ist als kontraproduktiv und lernhemmend zu betrachten (de Cillia 2003: 133).

Diese bildungs- und arbeitsmarktpolitisch äußerst relevanten Ergebnisse werden nicht in Beziehung gebracht zum bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen. Inwieweit beispielsweise freiwillige Lernhilfen oder Erfahrungswissen von MigrantInnen über den österreichischen Arbeitsmarkt die Situation verbessern oder inwieweit bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen hier eingesetzt werden könnte, wird in Österreich nicht einmal ansatzweise diskutiert und hinterfragt.

### 3. Überblick zur Freiwilligenarbeit in Österreich

In Österreich gibt es bedingt durch die christliche Tradition viele Vereine, in denen Menschen ehrenamtlich tätig sind. Bis zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ 2001 wurde der freiwilligen Arbeit in Österreich wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Heute ist das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ nicht zuletzt aufgrund des Internationalen Jahres der Freiwilligen in das Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung gerückt.

#### Definition

Freiwilligenarbeit ist nach der Definition des Arbeitskreises „Grundsatzfragen der Freiwilligenarbeit und Qualitätsnachweis“ zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 folgendermaßen gekennzeichnet:

- sie ist freiwillig, aber nicht beliebig
- sie ist eine Arbeitsleistung, der (kein, oder) kein entsprechender monetärer Geldfluss gegenüber steht
- sie ist eine Tätigkeit ist von bestimmter Dauer oder Regelmäßigkeit
- sie wird nicht nur zum eigenen Nutzen, sondern auch zum Nutzen Dritter getätigt
- sie wird außerhalb des eigenen Haushalts und der eigenen Familie erbracht
- sie wird Rahmen einer Organisation, Plattform, Institution, Initiative oder ähnlichem geleistet  
([www.freiwilligenweb.at/pages/umsetz/arbeitskreise/ak1\\_uak1.html](http://www.freiwilligenweb.at/pages/umsetz/arbeitskreise/ak1_uak1.html))

13

#### Quantitative Ausprägung des freiwilligen Engagements in Österreich

Die gesellschaftlichen Leistungen der Freiwilligenarbeit in Österreich entsprechen einer wöchentlichen Arbeitsleistung von rund 16,7 Millionen Arbeitsstunden und einem Marktwert auf der Basis eines fiktiven Stundenlohnes von 7,2 Euro, von jährlich 6,3 Millionen Euro (Badelt, Hollerweger 2001: 13-14).

In Österreich wird freiwillige Arbeit kaum und im besonderen freiwillige Arbeit von MigrantInnen nicht statistisch erfasst. Laut der einzigen Studie darüber sind rund 51 % der österreichischen Bevölkerung freiwillig tätig, wobei die Nachbarschaftshilfe die wichtigste freiwillige Aktivität einnimmt. Männer wiesen mit 55,5% einen höheren Beteiligungsgrad auf als Frauen (47,2%). Betrachtet man dazu die verschiedenen

Aufgabenfelder von Frauen und Männer in der Freiwilligenarbeit, so zeigt sich, dass Frauen vorwiegend Tätigkeiten in den Bereichen der religiösen und sozialen Dienste ausführen, Männer hingegen vorwiegend in den Bereichen Katastrophendienste und Sport freiwillig tätig sind (Badelt, Hollerweger 2001: 7-8).

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass das Gesamtvolumen an freiwilligem Engagement von ÖsterreicherInnen in den letzten 18 Jahren zurückgegangen ist. Dies gilt sowohl für den Beteiligungsgrad als auch die von Freiwilligen durchschnittlich aufgewendete Zeit pro Woche. Allerdings trifft dies nur auf bestimmte Formen von Freiwilligenarbeit zu. Vor allem informelle Formen der Freiwilligenarbeit wie Nachbarschaftshilfe sind von diesen Entwicklungen betroffen. Das Arbeitsvolumen formeller freiwilliger Tätigkeiten in Organisationen hat dagegen zugenommen. Besonders stark trifft dies auf Aktivitäten im Bereich der religiösen Dienste zu (Badelt, Hollerweger 2001: 21).

## Förderung der Freiwilligenarbeit in Österreich

Im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 wurden in Österreich das „Österreichisches Nationalkomitee“ und ExpertInnen-Arbeitskreise eingerichtet und zahlreiche Aktionen gesetzt, um die gesellschaftliche Bedeutung der Freiwilligenarbeit sichtbar zu machen. Das Österreichische Nationalkomitee präsentierte seine Anliegen im sogenannten „Freiwilligen-Manifest“ 2001. Das Manifest sieht einen Handlungsbedarf in den Bereichen

- der rechtlichen Absicherung von Freiwilligenarbeit
- der Sicherung der Nachhaltigkeit von freiwilliger Arbeit, insbesondere durch die Motivation der Jugend und verstärkte Nutzung des Potenzials der wachsenden Zahl von älteren Menschen nach Ausscheiden aus dem Berufsleben
- der Qualitätssicherung von Freiwilligenarbeit durch Aus- und Fortbildung
- der Anerkennung von durch Freiwilligenarbeit erworbenen Qualifikationen im Berufsleben und
- der Aufwertung und Etablierung von Freiwilligenarbeit als Gegenstand der Forschung.

Zur Erarbeitung dieser konkreten Umsetzungsvorschläge richtete das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz den Österreichischen Rat für Freiwilligenarbeit ein. Er hat gemäß dem Ministerratsbeschluss vom 17.06.2003 die Funktion einer Interessensvertretung der Freiwilligen und der Freiwilligenorganisationen und eine Beratungsfunktion in Angelegenheiten der Freiwilligenarbeit gegenüber der österreichischen Bundesregierung. Seine Aufgabe ist es, in Österreich die Barrieren und Hürden abzubauen, die dem freiwilligen Engage-

ment im Wege stehen und Empfehlungen für Maßnahmen zu entwickeln, damit sich Menschen aller Altersgruppen auch zukünftig etablieren.

Die 46 Mitglieder des Österreichischen Freiwilligenrates werden derzeit auf Vorschlag der BundesministerInnen, der Länder, des Städte- und Gemeindebundes, der Interessensvertretungen und der Nicht-Regierungsorganisationen nominiert. Die Konstituierung des Österreichischen Freiwilligenrates wird im Herbst 2003 erfolgen (aus: [www.freiwilligenweb.at/ministerratsbeschluss.html](http://www.freiwilligenweb.at/ministerratsbeschluss.html), 16.07.2003).

## 4. MigrantInnenvereine in Österreich

Migrantinnen und Migranten haben sich seit den über 40 Jahren ihrer Zuwanderung nach Österreich eine Vielzahl von formellen und informellen Strukturen in Österreich geschaffen. Allein in Wien gibt es rund 500 MigrantInnenvereine, wobei eine hohe Vereins- und Organisationsdichte bei MigrantInnen aus der Türkei und aus afrikanischen Ländern festzustellen ist. MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien haben hingegen eine unterdurchschnittliche Dichte an Vereinen und Organisationen. Betrachtet man das Organisationsprinzip von MigrantInnenvereinen so zeigt sich, dass das Prinzip des gemeinsamen Herkunftslandes oder die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit dominiert. Nicht herkunftsspezifische Organisationsprinzipien von MigrantInnenvereinen in Wien sind Geschlecht, Alter, Beruf und Bildung. Generell sind die wichtigsten Tätigkeiten der MigrantInnenvereine Herkunftskulturpflege/Folklore, Religion, Begegnung/Geselligkeit/Freizeit und Sport sind (Sohler/Waldrauch 2003: 96-139).

Rund ein Drittel der MigrantInnenvereine in Wien befasst sich mit integrationsfördernden Maßnahmen im Bereich Bildung, wobei türkische Vereine hier mit 41% überdurchschnittlich vertreten sind. Aktivitäten zur Förderung der Integration von MigrantInnen führen 41% aller MigrantInnenvereine in Wien an. (Sohler/Waldrauch 2003: 167-170)

**Table 2:**  
*Integrationshilfe und Bildungsaktivitäten bei MigrantInnenvereinen in Wien*

Integration allgemein	21%
Förderung von persönlichen Kontakten zu Einheimischen	9%
Vermittlung der österreichischen Kultur	4%
Vermittlung sonstigen Wissens über Österreich	9%
Deutschkurse für Erwachsene oder allgemein	9%
Deutschkurse für Kinder / Jugendliche	4%
Sonstige Bildungsaktivitäten für Erwachsene oder allgemein (z. B. EDV-Kurse, Berufsorientierungskurse)	12%
Sonstige Bildungsaktivitäten für Kinder / Jugendliche (z. B. Computerkurse, Lern- und Hausarbeitsbetreuung)	5%

\*Quelle: Sohler/Waldrauch 2003: 168

Die Zahl der aktiv mitarbeitenden MigrantInnen in den Vereinen beträgt im Durchschnitt zwischen sechs und zehn Personen. Nur 17% der MigrantInnenvereine haben Angestellte. Die Zahl der Angestellten erhöht sich, wenn Vereine Projekte mit gebundenen Fördergeldern durchführen. Dann beträgt die durchschnittliche Zahl der Wochenstunden von Angestellten 65, bei Vereinen ohne solche Projekte beträgt sie rund eine Stunde<sup>[3]</sup> (Sohler / Waldrauch 2003: 208-222).

Der Anteil an Frauen in MigrantInnenvereinen in Wien beträgt 44%, der Anteil Jugendlicher lediglich 16% und mit durchschnittlich 8% sind PensionistInnen sehr gering vertreten.

Personen, die sich in Österreich einbürgern ließen, stellen mit 46% knapp die Hälfte aller Mitglieder.

---

[3] Dass unter aktiver Mitarbeit freiwillige Arbeit zu verstehen ist, ging aus der Fragestellung der Studie nicht konkret hervor. Es ist jedoch anzunehmen, dass es sich um freiwillige Arbeit handelt, da sich das Vereinswesen meistens auf Freiwilligkeit stützt und die Umfrage nach der Zahl der Angestellten MitarbeiterInnen diese Annahme verstärkt.

## 5. Beispiele bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen

Bereits im Zuge dieser Arbeit zeigte sich, dass das Thema „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen“ für viele Vereine eine neue Betrachtungsweise ihrer Arbeit bedeutete. Dies trat vor allem bei Vereinen auf, die Information, Beratung und Betreuung von MigrantInnen im Bereich Bildung und Arbeitsmarkt anbieten. Organisationen, die in den Bereichen Freizeit und soziale Hilfeleistung tätig sind, binden MigrantInnen in ihre Tätigkeit ehrenamtlich teilweise mit ein. Die semi-öffentlichen Selbstorganisationen von MigrantInnen wurden im Zuge dieser Recherche nicht befragt.

*Die „good practise“ Beispiele können den Schwerpunktbereichen*

- Bildung, allgemein
- Kultur, Freizeit und Geselligkeit
- soziale Unterstützung und gegenseitige Hilfe
- Verbesserung des Zugangs zu professionellen Diensten
- politische Partizipation und Mitbestimmung

*zugeordnet werden.*

Sie sind Mitte der 1990er Jahre entstanden. Dies und die geringe Zahl der innovativen Konzepte weisen auf eine erst seit kurzem wachsende Sensibilisierung der (MigrantInnen)Vereine auf das Thema „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen“ hin. Geographisch finden sich die Beispiele in den Großstädten, vorrangig Wien und es arbeiten großteils hauptamtliche und ehrenamtliche Einheimische und MigrantInnen zusammen.

Die genannten Beispiele werden aus Mitteln der öffentlichen Hand mitfinanziert (Projektförderungen) und in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen durchgeführt.

Das gemeinsame Ziel aller dieser Projekte / Initiativen ist die (weitere) Integration älterer Migranten und Migrantinnen.

## **CARITAS-Wien: Projekt „Ehrenamtliche Mitarbeit“**

Der Verein bindet MigrantInnen in die Arbeit mit ein, ohne explizit den Migrationshintergrund zu beachten. Menschen, die ehrenamtlich Hilfe für Bedürftige und Notleidende leisten wollen, werden nach Eignung und Interesse gezielt eingesetzt. Die meisten der insgesamt 600 Freiwilligen machen Besuchs- und Betreuungsdienste, geben Lernhilfe oder arbeiten als Streetworker.

## **Ausländer-Integrationsbeirat (AIB) Linz**

Ziel des 12 Mitglieder umfassenden ehrenamtlichen Beirates ist es, die Interessen von MigrantInnen auf kommunaler Ebene miteinzubeziehen und diese in Form konkreter Hilfeleistung umsetzen. So haben auf Initiative des Vereins nun auch Nicht-EU-BürgerInnen in Oberösterreich Anspruch auf Wohnbeihilfe.

## **Nachbarschaftszentren**

Die Nachbarschaftszentren konzentrieren sich auf gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit für alle Altersgruppen und Nationalitäten. Die insgesamt 300 freiwilligen MitarbeiterInnen der Nachbarschaftszentren bekommen regelmäßige Schulungen und Betreuungen. Das Ziel ist die Schaffung einer Informationsdrehscheibe und Tauschbörse für gegenseitige Hilfeleistung sowie die Schaffung eines Treffpunktes für Menschen aus der Nachbarschaft. Die Freiwilligen (MigrantInnen und österreichische StaatsbürgerInnen) geben Lernhilfe für Kinder, bieten PC-Kurse an, machen Besuchsdienste bei älteren Menschen und helfen bei verschiedenen Aktionen wie Ausstellungen oder Festen mit.

## **Seniorenverein von und für MigrantInnen**

Der Verein hat als Zielgruppe ältere MigrantInnen in Österreich und fördert deren Selbsthilfe in Form von Beratung und Weiterbildungsangeboten, auch hinsichtlich des Wiedereinstiegs von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt. Er arbeitet rein ehrenamtlich und versucht die Partizipation älterer MigrantInnen in Österreich zu stärken. Derzeit hat der Verein 20 aktive MitarbeiterInnen.

**Verein ZEBRA -  
Zentrum zur sozialmedizinischen, rechtlichen und kulturellen  
Betreuung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich:  
Projekt Ehrenamtliche Gruppe für die Schubhaftbetreuung**

Der Verein selbst arbeitet in der Beratung und Betreuung von AusländerInnen. Sie bieten Hilfe bei rechtlichen Fragen, helfen bei der Suche nach Arbeit und fördern durch Bildungs- und Freizeitangebote die Integration von Migranten und Migrantinnen.

Die ehrenamtliche Gruppe für die Schubhaftbetreuung bietet Hilfe und Beratung für Schubhäftlinge und Dolmetschertätigkeiten. Eine Hauptamtliche und 6 freiwillige MigrantInnen betreuen Menschen aus den Ländern Nigeria, Tschetschenien, Irak, Iran, Armenien und Liberia.

**Verein Zeit!Raum –  
Verein zur Förderung von soziokultureller Arbeit**

Der Verein arbeitet in einem Stadtteil von Wien, der einen sehr hohen AusländerInnenanteil aufweist. Er versucht in seiner Arbeit, die „positiven Aspekte einer multikulturellen Gesellschaft zu kommunizieren und Verständnis für das jeweilige „andere“ aufzubauen. Im Verein arbeiten ÖsterreicherInnen und MigrantInnen vorrangig aus den Herkunftsländern Türkei und Ex-Jugoslawien haupt- und ehrenamtlich zusammen. Zeit!Raum arbeitet in den Bereichen aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit und führt auch frauen- und generationenübergreifende Projekte durch.

## 6. Perspektiven Bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen in Österreich

*Der vorliegende Abschnitt beinhaltet die wichtigsten Ergebnisse der unterschiedlichen Arbeitsschritte innerhalb des Projekts in Österreich. Dies umfasst die Literaturrecherche, die Recherche von Vereinen und Initiativen, in denen MigrantInnen bürgerschaftlich engagiert sind und das Vernetzungstreffen mit internationalen und nationalen PartnerInnen (siehe Einleitung).*

### Weitgehende Unbekanntheit des Themas in Österreich

Im Laufe der Recherchen zum vorliegenden Projekt wurde deutlich, dass sehr wenig MigrantInnen im Bereich der Arbeitsmarktpolitischen- und Bildungsarbeit freiwillig tätig sind. Dies ist erstens darauf zurückzuführen, dass generell sowohl in arbeitsmarktpolitischen Projekten als auch im Bildungsbereich weniger mit Freiwilligen und mehr mit geringfügig und kurzfristig Beschäftigten gearbeitet wird. Zweitens sind in Österreich insgesamt wenige MigrantInnen freiwillig engagiert, bzw. wo dies der Fall ist, ist es kaum bekannt.

Darüber hinaus ist bisher auch der freiwilligen Arbeit, die im Rahmen von MigrantInnenvereine geleistet wird, wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, obwohl es zahlreiche Vereine gibt, die eine breite Palette an Aufgaben übernehmen. Dem multikulturellem Aspekt von bürgerschaftlichen Engagement wurde bisher kaum Beachtung geschenkt.

21

Dies wurde auch bei der Kontaktaufnahme zu ExpertInnen und Aktiven in diesem Bereich deutlich, die oft Erstaunen äußerten, dass sich ein Projekt mit einem derartigen Thema beschäftigt. Die Unsichtbarkeit des Themas gilt auch für den Bereich der Forschung.

### Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen in der Forschung

Im Rahmen der Österreichischen Migrationsforschung wird das Engagement von MigrantInnen wenig berücksichtigt. Auch die Selbstorganisationen von MigrantInnen stehen erst seit kurzem im Blickpunkt der Migrationsforschung. Dem vorherrschenden politischen Paradigma folgend, Österreich sei kein Einwanderungsland, verschrieb sich die österreichische Migrationsforschung bisher vor allem der Erforschung der

Migrationsströme und der Analyse der Auswirkungen der Migration auf Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie auf das Schul- und Sozialsystem. Daher gibt es kaum Arbeiten über die Binnenorganisation von EinwanderInnen (Perchinig 2003: 373).

Mittlerweile gibt es vereinzelt Publikationen, die sich mit der Partizipation von MigrantInnen auseinandersetzen. In vorliegenden Studien blieben MigrantInnen eher Objekte und der Fokus der AutorInnen lag auf einzelne Herkunftsgruppen bzw. Organisationsformen. Die bisher vorliegenden Untersuchungen sind zumeist Pionierarbeiten, die der Bestandsaufnahme und der Beschreibung von Selbstorganisationen dienen. Sie konzentrieren sich auf die großen Herkunftsländer Türkei und Ex-Jugoslawien und behandeln vorrangig den Zusammenhang zwischen Religion und Migration (Perchinig 2003: 374).

Eine am Europäischen Zentrum entstandene neue Studie „MigrantInnenvereine in Wien“ geht z.B. indirekt auf bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen ein, wenn sie beispielsweise die Zahl der aktiv mitarbeitenden Mitglieder mit der Zahl der Angestellten gegenüberstellt (siehe Abschnitt 4.).

Eine weitere Studie, in dem auch für Österreich das Thema freiwilliges Engagement von MigrantInnen untersucht wurde, ist „Volunteering into Participation“, ein EU-Projekt, das anhand von Fallbeispielen untersucht hat, inwieweit freiwilliges Engagement zur Integration benachteiligter Gruppen beitragen kann. In Österreich wurden Interviews mit freiwilligen des Nachbarschaftszentrums 22 vom Wiener Hilfswerk und des Vereins Integra in der Steiermark durchgeführt, in dem auch MigrantInnen freiwillig tätig waren. Auch hier wurde deutlich, wie unbekannt das Thema in Österreich ist und das hohe Voraussetzungen seitens der Freiwilligen bestehen freiwillig tätig zu werden (z. B. Sprachkenntnisse, gesichertes Einkommen, Motivation), die Notwendigkeit der Niederschwelligkeit für freiwilliges Engagement und weiterer Fördermaßnahmen (Kinds et al. 2000).

22

Insgesamt zeigte die Literaturrecherche im Rahmen des vorliegenden Projekts eindeutig ein ungenügendes Bild in der Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung. Die Weiterführung des vorliegenden Projekts und die damit verbundene Bildung nationaler und internationaler Netzwerke hätte die wichtige Aufgabe dazu beizutragen, dieses Thema in Politik, Forschung und Gesellschaft in Österreich zu etablieren.

## **Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen – ein Schritt zur Integration?**

„Integration statt Neuzuzug“ ist derzeit das offizielle Motto in Österreich. Dieses Motto findet sich auch wieder im „Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich“. Vor allem die Integration in den ös-

terreichischen Arbeitsmarkt und ein vermehrtes Angebot an Sprachförderprogrammen im Kindergarten, in der Schule und für Personen im Erwachsenenalter sind geplant (NAP 2001: 16-18). Doch was bedeutet Integration im allgemeinen? Und was bedeutet Integration in Beziehung gesetzt zu bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen in Österreich?

Integration ist eine Form der Eingliederung. In diesem Zusammenhang bedeutet sie die Eingliederung der zugewanderten Bevölkerung in die Mehrheitsgesellschaft eines Staates. Doch welches (Aus)Maß kann Eingliederung haben? Ist es die vollkommene Anpassung der zugewanderten Bevölkerung (Assimilation), in der man neben dem perfekten Erlernen der Sprache und der Übernahme des kulturellen Verhaltens auch die Verinnerlichung der Werte und Normen der Mehrheitsgesellschaft einfordert? Oder liegt es vor dem Hintergrund einer pluralistischen Gesellschaft nicht Nahe, kulturelle Freiräume für die ZuwanderInnen (kulturelle Diversität) zu erhalten? (Stadt Wien, MA 18).

Wie bereits erwähnt ist bisher in Österreich der Zusammenhang zwischen freiwilliges Engagement und Integration kaum ein Thema. Dabei wird im vorliegenden Projekt von der These ausgegangen, dass Menschen mit Migrationshintergrund stärker als Ziegruppe in Betracht gezogen werden sollten, wenn es um die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagementpotentials geht. Freiwilliges Engagement kann zur Verbesserung des Selbstbewusstseins, der (beruflichen) Qualifikationen, aber auch zur Mitbestimmung in und Verbesserung der Situation in lokalen Gemeinschaften führen (Kinds et al. 2000). Es kann auch zu einer besseren Kommunikation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen beitragen.

Bürgerschaftliches Engagement, ist im besonderen auch eine Chance sich an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Besonders auch MigrantInnen erhalten dadurch die Möglichkeit, sich als Person bzw. Gruppe einzubringen, aktiv mitzuarbeiten und nicht lediglich der Gegenstand von Integrationsbemühungen zu sein.

23

Andererseits kann – wie beim Vernetzungstreffen in Wien festgestellt wurde – freiwilliges Engagement auch Aspekte der Segregation beinhalten. Zum einen ist freiwilliges Engagement häufig mit Vereinstätigkeiten verbunden, wobei es dabei sehr stark auch um Gruppenzugehörigkeit geht. Es gibt immer noch Vereine, die Personen aufgrund von Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit ausschließen. Darüber hinaus kann z. B. die ausschließliche Tätigkeit in MigrantInnenvereinen, in manchen Fällen auch eher zu einer Hemmung der Integration beitragen.

Voraussetzung dafür, dass freiwilliges Engagement von MigrantInnen zur Integration beitragen kann, ist, dass es von allen Beteiligten eine grundsätzliche Bereitschaft gibt, auf Unterschiede zwischen den Kulturen einzugehen, sie anzusprechen und bewusst zu machen. Denn freiwilliges Engagement und sein Umfeld ist in hohem Maße von kulturellen und gesellschaftlichen Konzepten und Rahmenbedingungen

abhängig. Dies muss im Rahmen des vorliegenden Diskurses immer wieder deutlich gemacht werden.

D.h., dass, wenn man freiwilliges Engagement von MigrantInnen im Sinne einer gesellschaftlichen und politischen Partizipation fördern will, genau betrachtet werden muss, was dies für MigrantInnen in Österreich heißt, welche Vorstellungen sie überhaupt damit verbinden und welchen Sinn sie darin sehen. Denn echte Partizipation bedeutet eine aktive und selbstbewusste Mitbestimmung gesellschaftlicher Entwicklungen durch Einzelne und Gruppen.

## **Besonderer Stellenwert des Engagements älterer MigrantInnen**

Generell wird zunehmend versucht freiwilliges Engagement älterer Menschen zu fördern, um ihnen zu ermöglichen, ihre Ressourcen für gesellschaftlich relevante Tätigkeiten einzusetzen. Berücksichtigt man den bisherigen und zukünftig vorhergesagten demographischen Trend in Österreich, wird auch deutlich, dass es sinnvoll sein wird, auch das freiwillige Engagement älterer MigrantInnen gezielt zu fördern und zu unterstützen (Vergleich Volkszählung 1991 / Volkszählung 2001).

Der derzeitige Anteil der über 60-Jährigen beträgt zwar unter den ausländischen Staatsangehörigen nur 7% und liegt damit deutlich unter dem Vergleichswert für die österreichische Bevölkerung (22%), aber die Bevölkerungsprognose des Instituts für Demographie der Akademie der Wissenschaften kündigt für die nächsten Jahrzehnte einen Wandel in Richtung einer Angleichung der Altersstrukturen an jene der einheimischen Wohnbevölkerung an (Reinprecht 1999: 9). Auch kann aufgrund der rückläufigen Zuwanderungsraten aus dem Ausland, davon ausgegangen werden, dass sich bis 2021 die Altersstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung an jene der inländischen Wohnbevölkerung angleichen wird und MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei den größten Anteil älterer Menschen mit ausländischer Herkunft aufweisen werden (Institut für Demographie 1998; WIF 1996, 1997, 1999).

Setzt man diese Prognosen in Beziehung zu den derzeit 36,5% freiwillig tätigen älteren Menschen über 60 Jahre in Österreich und den 8% freiwillig tätigen älteren MigrantInnen in Wien (Zahlen dazu liegen für Österreich nicht auf), so bestätigt sich die Notwendigkeit bürgerschaftliches Engagements - insbesondere auch von älteren Menschen - mit Migrationshintergrund zu fördern und das Erfahrungswissen dieser Menschen auch in Blick auf arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Maßnahmen zu nützen.

## **Kulturelle Bedingtheit des Verständnisses von und Motive für Bürgerschaftliches Engagement**

Im Laufe der vorliegenden Studie und insbesondere beim Vernetzungstreffen wurde deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement mit seinen Ausprägungsformen sehr stark vom kulturellen Kontext abhängt indem es stattfindet. Beim Vernetzungstreffen wurde auch herausgearbeitet, dass Begriffe wie MigrantInnen, AusländerInnen etc als auch Begriffe wie Freiwilligenarbeit von Land zu Land und Kultur zu Kultur sehr unterschiedlich verwendet werden. Da die Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement schon von Personen aus einem kulturellen Hintergrund unterschiedlich verstanden werden, sollte eine Verständigung darüber sehr vorsichtig und unter Klärung der Begrifflichkeiten erfolgen.

Auch zeigt sich, dass freiwilliges Engagement in unterschiedlichen Kulturen in unterschiedlichen Organisationsformen stattfindet. So zeigt sich z.B., dass es bei den MigrantInnenvereinen auch zahlreiche sehr kleine selbstorganisierte Gruppen gibt, die eher eine religiöse Ausrichtung haben, die aber auch eher für sich bleiben und wenig Auskünfte über ihre Tätigkeiten geben (Sohler/Waldrauch 2003).

Darüber hinaus gibt es auch Unterschiede zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen bei den Motiven freiwillig tätig zu werden. So zeigt z. B. die Studie „Ältere MigrantInnen in Wien, Empirische Studien zu Lebensplanung und sozialer Integration und Altersplanung“ (Reinprecht, 1999), dass die produktiv-aktive Erwartungshaltung bei älteren MigrantInnen und älteren österreichischen StaatsbürgerInnen ungefähr gleich ist; dass aber MigrantInnen das Alter weniger stark mit der Möglichkeit egozentrierter Aktivitäten verbinden und soziale Aspekte wie „für andere mehr Zeit haben“ in den Vordergrund rücken. Gleichzeitig aber gilt für sie, dass Maßnahmen zur sozialen Eingliederung und gesellschaftlichen Teilhabe nur dann auf Akzeptanz stoßen können, wenn nicht der Weg der Zwangsintegration, sondern jener der Freiwilligkeit gewählt wird. Oberstes Prinzip aller sozial- und integrationspolitischen Maßnahmen ist für sie „Freiwilligkeit“ und „Wahlfreiheit“ (Reinprecht 1999: 93-129).

Ein weiteres Thema, das im Rahmen des Wiener Vernetzungstreffens angesprochen wurde, ist, inwieweit Organisationen wie Wohlfahrtsverbände Rahmenbedingungen und Dienstleistungen sowohl für ihre Kunden als auch für ihre Freiwilligen anbieten, die kulturell sensibel sind. D.h., dass es – gerade auch mit der wachsenden Anzahl älterer MigrantInnen – immer wichtiger wird auf ihre spezifischen Wünsche und Bedürfnisse einzugehen. Während dies in anderen Ländern wie Deutschland oder den Niederlanden bereits erfolgt, werden die Wohlfahrtsverbände in Österreich gerade erst auf diese Problematik aufmerksam.

## Voraussetzungen für Bürgerschaftliches Engagement

Ein sehr wichtiger Aspekt, wenn es um bürgerschaftliches Engagement im allgemeinen geht, ist, dass gewisse Voraussetzungen von Seiten der Person gegeben sein müssen, um ein Engagement zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen auch entsprechende Rahmenbedingungen hergestellt werden, um ein Engagement zu fördern und Barrieren abzubauen, die einem Engagement im Weg stehen. Dies ist bei benachteiligten Gruppen, wie beispielsweise den MigrantInnen besonders relevant. Zum einen ist eine gewisse finanzielle Absicherung nötig, um sich freiwillig engagieren zu können. Für ältere Freiwillige ist eine ausreichende Pension eine wichtige Voraussetzung, um sich freiwillig zu engagieren.

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf andere Verpflichtungen die eine Person hat und auf das Zeitausmaß, das einer Person zur Verfügung steht. Dies kann bei MigrantInnen aufgrund erhöhter familiärer Verpflichtungen oder eine ablehnende Haltung der eigenen Familie zu bestimmten freiwilligen Tätigkeiten besonders ins Gewicht fallen. Dabei kann die kulturelle Erwünschtheit bzw. Unerwünschtheit von bestimmten Tätigkeiten eine ernsthafte Barriere darstellen. Dies wird von Projektteilnehmerinnen insbesondere im Rahmen der Arbeit mit Frauen berichtet.

## Maßnahmen der Förderung

In Österreich wurde die Förderung von freiwilligem Engagement im allgemeinen in den letzten Jahren verstärkt, insbesondere aber durch die Aktivitäten der Bundesregierung im Jahr der Freiwilligen 2001. Wie bereits erwähnt, gibt es bisher unseres Wissens keine speziellen Fördermaßnahmen für das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen, weder auf Bundes-, Landes- noch auf Organisationsebene.

Die Organisationen bzw. Initiativen, in denen MigrantInnen freiwillig tätig sind (siehe Abschnitt 4 und 5) sind sehr unterschiedlich, sowohl von der Größe als auch von den Strukturen her. So finden sich Organisationen mit ausgiebigen Strukturen für Freiwillige („Einstellungsgespräche“, Freiwilligenrunden, Auslagenersatz, Versicherungsschutz etc.) und andere Initiativen, die sehr improvisiert arbeiten und die Freiwilligen wenig fixe Rahmenbedingungen bieten. Für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement von MigrantInnen wird es in Zukunft wichtig sein, dass Organisationen Rahmenbedingungen anbieten, die ihren speziellen Bedürfnissen und Wünschen entsprechen. Dabei muss besonderes Augenmerk auf die Qualität des freiwilligen Engagements gelegt werden. Dies betrifft die Art der Aufgaben, die jemand durchführt – auch bezüglich des Nutzens für die eigene Person –, das Ausmaß in dem die Tätigkeit die Partizipation und Mitbestimmung fördert, aber auch die Rahmenbedingungen der Tätigkeit (Auslagenersatz, Versicherung etc.).

Was besonders wichtig ist, ist die Niederschwelligkeit des Angebots freiwillig tätig zu werden. D.h. die Anforderungen dürfen nicht zu hoch sein und es muss auch möglich sein, sich in geringem Ausmaß zu engagieren. Diesbezüglich können Vereine und Organisationen auch von Mechanismen lernen, die u.a. in der aufsuchenden Jugendarbeit verwendet werden.

Ein weiterer Punkt, der beim Vernetzungstreffen aufgekommen ist, dass es bisher noch eine unzureichende Vernetzung zwischen Organisationen und Initiativen gibt, in denen MigrantInnen sich bürgerschaftlich engagieren. Es wurde der Wunsch geäußert, Austauschmöglichkeiten zu schaffen um voneinander zu lernen. Das vorliegende Projekt und ein mögliches Nachfolgeprojekt stellen die Chance dar, dies verstärkt zu tun.

Darüber hinaus ist die Unterstützung und Anerkennung seitens der lokalen Politik und Verwaltung aber auch der Bundespolitik und -verwaltung für die Bemühungen von MigrantInnen in diesem Bereich besonders wichtig. Ein Beispiel wie ein Verein im Rahmen des „Mehrfachnutzungskonzepts“ auf öffentliche Infrastruktur zurückgreifen kann ist der „Geheime Garten“ vom Verein Zeit!Raum. Hier steht ein Garten, der einer Schule gehört, ab dem späteren Nachmittag dem Verein zur Verfügung. Dieser wird vom Verein als Freiraum für Mädchen und Frauen benutzt, die eigene Aktivitäten dort setzen können.

Beim Vernetzungstreffen in Wien wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die lokale Politik (in Wien die Bezirksvorstehung) bei Veranstaltungen der entsprechenden Vereine bzw. Initiativen dabei seien und dass sie dadurch auch Anerkennung für das Engagement, das dort stattfindet, zeigen. Gerade dies kann auch einen wichtigen Schritt zur Integration darstellen, da damit auch in der Öffentlichkeit das Zeichen gegeben wird, dass das Engagement der MigrantInnen wertgeschätzt wird und es ein öffentliches Interesse an diesem Engagement und an der Partizipation von Bürgern im allgemeinen und von jenen, die einen Migrationshintergrund haben im besonderen gibt.

Ein Beispiel der Förderung von Beteiligungsprozessen von MigrantInnen war das Projekt „Integration von MigrantInnen in der Steiermark. Interkulturelle Öffnung-Weiterbildung-Selbstorganisation“. Diesem Vorhaben lag ein Verständnis von „Integration“ als langfristigem Prozess, in dem alle Gesellschaftsmitglieder von Veränderung und Anpassung betroffen und zu aktivem Handeln aufgefordert sind, zugrunde. Das Pilotmodell einer Seminarreihe zur Weiterbildung von Frauen zeigte, dass die Selbstorganisationen von MigrantInnen nicht lediglich eine Frage der persönlichen Voraussetzungen darstellt, denn die Teilnehmerinnen selbst verfügten bereits über vorhandene Qualifikationen, ein großes Solidaritätspotential, über hohe soziale Kompetenz und ausgeprägtes Interesse. Vielmehr ist deutlich geworden, wie von Seiten der Politik und Institutionen Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden können (und sollten), um die für bürgerschaftliches Engagement erforderliche Motivation zu erzeugen. Um ein Gelingen neuer Initiativen zu sichern, sollten die notwendigen Ressourcen

und Strukturen für selbstorganisierte Tätigkeiten sowohl von der Öffentlichen Hand als auch von den entsprechenden Organisationen bereitgestellt werden (Schröttner/Sprung: 2003: 49-50).

## **Konsequenzen für die zukünftige Entwicklung von Bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen in Österreich**

### *Sensibilisierung für das Thema*

Aufgrund der im vorliegenden Projekt gemachten Erfahrungen weisen wir darauf hin, dass es in Österreich notwendig ist, sowohl die einzelnen Vereine selbst als auch die politischen VertreterInnen und sozialpolitisch relevanten NGOs für das Thema „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen“ zu sensibilisieren. Dabei sollten MigrantInnen selbst als auch die Vereine und Organisationen, in denen sie tätig sind, in diesen Prozess miteinbezogen werden.

Allein die Tatsache, dass es keine Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen in Österreich außer den Ergebnissen der Umfrage im Zuge dieses EU-Projektes gibt – und ein paar Einzelbeobachtungen im Rahmen des VIP-Projekts (Kinds et a. 2000) – zeigt, dass dieses Thema in Österreich keine Aufmerksamkeit hat. Somit ist die Phase I dieses europäischen Forschungsprojekts ein Schritt zur Sensibilisierung von Politik und Gesellschaft in Österreich zu diesem Thema. Die mögliche Weiterführung in Phase II bietet allen beteiligten Ländern und im besonderen Österreich die Chance nationale und internationale Netzwerke zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen“ aufzubauen und erfolgreiche Verfahren und Konzepte kennenzulernen und umzusetzen, insbesondere in der Fragestellung bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen als bildungs- und arbeitsmarktpolitische Ressource.

28

Dieses Projekt ist auch ein erster positiver Schritt zum Wissens- und Erfahrungsaustausch in diesem Bereich zu sehen. Es wäre wünschenswert, wenn diesbezüglich auch weitere Initiativen – sowohl von öffentlicher Seite als auch von Seite der Organisationen gesetzt würden.

### *Weitere Forschungsfragen*

Für weitere Bemühungen diesbezüglich wäre es wichtig, die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen in Österreich näher zu betrachten. Dabei sollte untersucht werden, was Menschen aus anderen Kulturen unter „Bürgerschaftliches Engagement“ verstehen, wo und warum sich Menschen mit Migra-

tionshintergrund in Österreich engagieren und wie bürgerschaftliches Engagement Integrationsmaßnahmen fördern kann. Auf dieser Grundlage könnten dann entsprechende Maßnahmen adäquat und sinnvoll gestaltet werden. Darüber hinaus wäre im allgemeinen die Verbesserung von statistischen Grundlagen in Österreich zum Thema Bürgerschaftliches Engagement wünschenswert.

### *Spezielle Zielgruppen im Auge behalten*

Im Zuge des Projekts, insbesondere auch beim Vernetzungstreffen, wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, die besonderen Erfordernisse im Zusammenhang mit speziellen Zielgruppen von MigrantInnen, wie älteren Menschen, Jugendlichen, aber auch Frauen im Auge zu behalten und ggf auch eigene Engagementmöglichkeiten für diese Gruppen anzubieten.

### *Freiwilligkeit in Gefahr?*

Bei der vermehrten Förderung von bürgerschaftlichen Engagement von MigrantInnen sollte allerdings gewährleistet werden, dass der Aspekt der Freiwilligkeit aufrechterhalten wird. Einerseits sollte es nicht dazu kommen, dass geringfügige, unattraktive und schlecht bezahlte Arbeiten unter dem Deckmantel der Freiwilligkeit erfolgen. Andererseits sollte Freiwilliges Engagement auch nicht mit verpflichtenden Integrations- bzw. Arbeitsmarktpolitischenprogrammen verwechselt werden.

### *Niederschwelligkeit und Sensibilität für kulturelle und individuelle Bedürfnisse*

Die gezielte Förderung von Freiwilligem Engagement von MigrantInnen, kann nur dann erfolgreich und sinnvoll sein, wenn sie von der Sensibilität für kulturelle und individuelle Bedürfnisse der Engagierten getragen ist, und wenn die Angebote so gestaltet sind, dass sie auch von Angehörigen benachteiligter Gruppen leicht zugänglich sind.

## 7. Literatur

- Biffl, G./Bock-Schappelwein, J. (2003):** Soziale Mobilität durch Bildung? – Das Bildungsverhalten von MigrantInnen. In: Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (2003). Fassmann, H. /Stacher, I. (Hg.), Wien: Drava Klagenfurt/Celovec.
- Badelt, C., Hollerweger, E. (2001):** Das Volumen ehrenamtlicher Arbeit in Österreich. Working Paper No.6, Wien: Wirtschaftsuniversität Wien, Abteilung für Sozialpolitik.  
([www.freiwilligenweb.at/pages/int\\_jahr/freiwilligenarbeit/studie\\_badelt.pdf](http://www.freiwilligenweb.at/pages/int_jahr/freiwilligenarbeit/studie_badelt.pdf))
- de Cillia, R. (2003):** Sprach- und bildungspolitische Rahmenbedingungen. In: Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (2003). Fassmann, H. /Stacher, I. (Hg.), Wien: Drava Klagenfurt/Celovec.
- Europaforum Wien (2002):** Migration & Integration, Teil 5, Anhang 1 – Vergleich Zuwanderungspolitik, Wien: Europaforum Wien.
- Institut für Demographie (1998):** Bevölkerungsvorausschätzung 1996 bis 2021 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion, Wien: Institut für Demographie.
- Kinds, H./Münz, A./Horn, L. (2000):** Volunteering into Participation. A Strategy for Social Inclusion. Amsterdam: Community Partnership Consultants.
- Münz, R./Zuser, P./Kytir, J. (2003):** Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung. In: Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (2003). Fassmann, H. /Stacher, I. (Hg.), Wien: Drava Klagenfurt/Celovec.
- Republik Österreich, Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2001):** Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (NAP), Wien: BMSG  
([www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/portal/content/downloads/nap.pdf](http://www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/portal/content/downloads/nap.pdf))

- Perchinig, B., (2003):** Integrationspolitische Dimension von MigrantInnenorganisationen – Anmerkungen zu Forschungsparadigmen und Forschungsfragen. In: Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen (2003). Fassmann, H. /Stacher, I. (Hg.), Wien: Drava Klagenfurt/Celovec.
- Reinprecht, C., (1999):** Ältere MigrantInnen in Wien. Empirische Studien zu Lebensplanung, sozialer Integration und Altersplanung, Wien: Institut für Soziologie der Universität Wien.
- Schröttner, B./Sprung, A. (2003):** Integration von MigrantInnen in der Steiermark. Interkulturelle Öffnung – Weiterbildung – Selbstorganisation (Arbeitspapier 1/2003) Graz: Peripherie, Institut für praxisorientierte Genderforschung.
- Sohler, K./Waldrauch, H. (2003):** MigrantInnenvereine in Wien. Band I, Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.
- Stadt Wien MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung/BLI, Bereichsleitung Integration (2002):** Migration Integration Diversitätspolitik, Wien: Stadt Wien MA 18 & BLI.
- Wiener Integrationsfonds (1996):** Jahresbericht, Wien: Wiener Integrationsfonds
- Wiener Integrationsfonds (1997):** Jahresbericht, Wien: Wiener Integrationsfonds
- Wiener Integrationsfonds (1999):** Jahresbericht, Wien: Wiener Integrationsfonds
- Wiener Integrationsfonds (2002):** Handbuch der Integration, Wien.
- Wiener Integrationsfonds (2003):** MigrantInnen In Wien 2003. Daten&Fakten&Recht. Report 2002, Teil II, Wien: Wiener Integrationsfonds.

## 8. Annex

## 1. Flyer

<b>Europäische Koordination</b>	ISIS – Sozialforschung Susanne Huft Nonnenpfad 14, D-60599 Frankfurt am Main Tel.: +49-69-65302061, Fax: +49-69-6550096 huft@isis-sozialforschung.de www.isis-sozialforschung.de	<b>Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten</b>
<b>Dänemark</b>	The Volunteer Centre in Denmark Mette Hjære Parthecmegade 5, DK-5100 Odense C Tel.: +45-66-146061, Fax: +45-66-142017 mh@frivillighed.dk www.frivillighed.dk	<b>MEM-VOL – Migrant and Ethnic Minority Volunteering</b>
<b>Deutschland</b>	ISIS – Sozialforschung Susanne Huft and Jürgen Schumacher Nonnenpfad 14, D-60599 Frankfurt am Main Tel.: +49-69-65302061, Fax: +49-69-6550096 huft@isis-sozialforschung.de / schumacher@isis-sozialforschung.de www.isis-sozialforschung.de	<b>Ein transnationales Austauschprogramm in</b>
<b>Frankreich</b>	IRIV – Institut de Recherche et d'Information sur le Volontariat Bénédicte Habja 26 boulevard Raspail, F-75007 Paris Tel.: +33-1-42840825, Fax: +33-1-42840825 iriv@noos.fr www.iriv.net	<b>• Dänemark • Deutschland • Frankreich • Großbritannien • Niederlande • Österreich</b>
<b>Großbritannien</b>	Institute for Volunteering Research Angela Ellis and Nicola Ponikiewski Regent's Wharf, 8 All Saints Street, OB-London, N1 9RL Tel.: +44-20-75208907 (A. Ellis), +44-02-75208911 (N. Ponikiewski) Fax: +44-20-75208910 angela.ellis@the-centre.org.uk / nicola.ponikiewski@the-centre.org.uk www.hr.org.uk	<b>Finanzielle Unterstützung:</b>
<b>Niederlande</b>	Community Partnership Consultants Angelika Münz Hudders 3, NL-1018 HB Amsterdam Tel.: +31-20-6261208, Fax: +31-20-6261167 angelika.munz@community-partnership.net www.community-partnership.net	<b>• Europäische Kommission, Generaldirektion für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten • Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland</b>
<b>Österreich</b>	European Centre for Social Welfare Policy and Research Margit Griz-Wolf and Charotta Strömpel Berggasse 17, A-1090 Wien Tel.: +43-1-3194505-44, Fax: +43-1-3194505-59 griz-wolf@euro-centre.org / struempel@euro-centre.org www.euro-centre.org	<b>www.mem-volunteering.net</b>

### Hintergrund

Über das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen ist bislang wenig bekannt, obwohl zunehmend Netzwerke, Selbsthilfepotenziale und MigrantInnenorganisationen in den Fokus der Förderung rücken. Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement – für die eigene ethnische Gemeinschaft oder für verschiedene Gruppen – kann in zweifacher Hinsicht zur Förderung der gesellschaftlichen Integration beitragen: bspw. durch Förderung der Beschäftigungsbeteiligung durch Arbeitsmarktberatung oder zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern ausländischer Herkunft durch gezieltes Training und gleichzeitig durch den Erwerb neuer Fähigkeiten und Erfahrungen durch die Freiwilligenarbeit selbst. MigrantInnen sind in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Beitrag, den bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen in den Bereich der gesellschaftlichen Integration und der auf dem Arbeitsmarkt liefert, wird bislang unterschätzt und zu wenig beachtet. Durch die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfepotenzialen von MigrantInnen können hier wichtige Beiträge zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Armut geleistet werden.

### Ziele

- Die Zielsetzungen der ersten Phase umfassen:
- Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement von MigrantInnen
  - Analyse der nationalen Politiken zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen

- Identifikation von kommunalen und regionalen Programmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen
- Zusammenstellung von best-practice-Modellen im Rahmen von Migrantenselfstörungsorganisationen und von Initiativen der Wohlfahrtsverbände
- Festlegung der Zielvorgaben und Antragstellung für die zweite Phase
- Aufbau eines Netzwerks von Partnern aus den Bereichen Politik und Praxis in jedem teilnehmenden Land, das aus Nichtregierungsorganisationen, Migrantenselfstörungsorganisationen und Gebietskörperschaften besteht

### Arbeitsweise

Die Projektpartner führen in den jeweiligen Ländern – Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Österreich – Recherchen durch, um die oben erwähnten Analysen und Berichte zusammenzustellen. Auf dieser Basis werden transnationale Tagungen in jedem Land mit VertreterInnen von lokalen, regionalen und nationalen Behörden, von Nichtregierungsorganisationen und Migrantenselfstörungsorganisationen durchgeführt.

### Ergebnisse

Die Ergebnisse werden in Form von Berichten in deutscher, englischer und französischer Sprache im September 2003 als Printversionen und im Internet unter [www.mem-volunteering.net](http://www.mem-volunteering.net) veröffentlicht und den zuständigen EntscheidungssträgerInnen auf europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene vorgestellt, um Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen zu geben.

## 2. Adressenliste

### *Burgenland*

**KUGA - kulturna zadruga**

Parkgasse 3  
A-7304 Großwarasdorf

**Offenes Haus Oberwart (OHO)**

Lisztgasse 12  
A-7400 Oberwart

### *Kärnten*

**Ausländerberatungsstelle Klagenfurt**

Kolpinggasse 10  
A-9020 Klagenfurt

**Projektgruppe Integration von Ausländern**

Pogöriacherstraße 74  
A-9500 Villach

**Slowenischer Kulturverband**

Tarviser Straße 16  
A-9020 Klagenfurt

### *Niederösterreich*

**Beratungsstelle FAIR**

Rossmarkt 6  
A-3100 St. Pölten

**Emmausgemeinschaft/St. Pölten**

Herzogenburger Straße 48-50  
A-3100 St. Pölten

**Verein Ausländer/inneninitiative NÖ-Süd**

Wiener Straße 49  
A-2700 Wiener Neustadt

*Oberösterreich*

**Integrationsbüro der Stadt Linz**

Hauptplatz1  
A-4010 Linz

**Verein MAIZ –**

**Autonomes Integrationszentrum für Migrantinnen**

Altstadt 2/3  
A-4020 Linz

**Verein zur Betreuung der Ausländer/innen in Oberösterreich**

Humboldtstraße 49  
A-4020 Linz

**Volkshilfe Flüchtlingsbetreuung**

Oberösterreich  
Schillerstraße 34  
A-4020 Linz

*Salzburg*

**Verein zur Beratung und Betreuung  
von Ausländern in Salzburg (VEBBAS)**

Elisabethkai 60/5  
A-5020 Salzburg

*Steiermark*

**Verein für Arbeitsintegration**

Draschestrasse 16  
A-8700 Leoben

**Frauengesundheitszentrum Graz**

Brockmanngasse 48/ 1.Stock  
A-8010 Graz

**Integra – Verein für Ausländerintegration**

Bahnhofstraße 16  
A-8600 Bruck/Mur

**Verein Peripherie**  
Friedrichgasse 3/II  
A-8010 Graz

**Zentrum zur sozialmedizinischen, rechtlichen und  
kulturellen Betreuung von Ausländern und Ausländerinnen  
in Österreich (ZEBRA)**  
Pestalozzistraße 59  
A-8010 Graz

### *Tirol*

**Verein zur Beratung und Betreuung von Ausländern in Tirol**  
Blasius-Hueber-Straße 6  
A-6020 Innsbruck

### *Vorarlberg*

**Okay.zusammenleben.**  
**Projektstelle für Zuwanderung und Integration**  
Rhombergsfabrik/ TOP 402  
Färbergasse 15  
A-6850 Dornbirn

### *Wien*

**Abzwien – Chancen für Frauen – Chancen der Wirtschaft**  
Am Schöpfwerk 29/8/R1  
A-1120 Wien

**African International Centre Austria**  
Rainergasse 35/2/9  
A-1050 Wien

**Afrikanische Frauenorganisation in Wien**  
Türkenstraße 3/Zi 108  
A-1090 Wien

**Ägyptische Frauen und Familien**  
Rotensterngasse 13/8  
A-1020 Wien

**AIKAO – Afrikanische Familienberatungsstelle**

Eipeldauerstraße 25/59/28

A-1220 Wien

**AQUA – Arbeitsmarktqualifikation für Frauen**

Trabrennstraße 126

A-1020 Wien

**Asylkoordination Österreich**

Laudongasse 52/9

A-1090 Wien

**Back Bone – Verein Alte Fleischerei**

Pöchlarnstraße 22

A-1200 Wien

**Back on Stage 11 – Verein Jugendzentren der Stadt Wien**

Zippererstraße 14

A-1110 Wien

**Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen**

Am Modenapark 6/8

A-1030 Wien

**Burgenländisch-kroatisches Zentrum**

Schwindgasse 14/4

A-1040 Wien

**Caritas der Erzdiözese Wien**

Albrechtskreithgasse 19-21

A-1160 Wien

**37****CBIF – Centrum für binationale und interkulturelle Paare  
und Familien**

Märzstraße 43/11

A-1150 Wien

**Dachverband für jugoslawische und serbische Vereine in Wien**

Wielandgasse 2/Mezzanin

A-1100 Wien

**ESRA**

Tempelgasse 5

A-1020 Wien

**Evangelischer Flüchtlingsdienst Österreich**

Steinergasse 3

A-1170 Wien

**Frauen-Aktiv – Verein Jugendzentren der Stadt Wien**

Lechnerstraße 2-4

A-1030 Wien

**Initiative Minderheiten**

Gumpendorferstraße 15/13

A-1060 Wien

**Initiative Muslimischer ÖsterreicherInnen für  
mehr gegenseitiges Verständnis und Toleranz**

Theodor Kramer-Straße 10/3/28

A-1220 Wien

**Interkulturelles Zentrum**

Bacherplatz 10/3

A-1050 Wien

**Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ)**

Markhofgasse 20/4/5

A-1030 Wien

**JUBIZ – Jugendbildungszentrum der VHS Ottakring**

Ludo-Hartmannplatz 7

A-1160 Wien

**Jugendzentren der Stadt Wien – Zentrale Geschäftsstelle**

Pragerstraße 20

A-1210 Wien

**LEFÖ – Lateinamerikanische emigrierte Frauen in Österreich**

Kettenbrückengasse 15/4

A-1050 Wien

**Miteinander Lernen – Birlikte Ögrenelim**

Koppstarße 38/8

A-1160 Wien

**ÖIMB – Österr. Integrationswerk für Menschen  
mit und ohne Behinderung**

Jurekgasse 1/1/4/16

A-1150 Wien

**PANAFa – Pan African Forum in Austria**  
**HochschülerInnenschaft der Technischen Universität Wien**  
Wiedner Hauptstraße 8-10  
A-1040 Wien

**Peregrina**  
**Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen**  
Währingerstraße 59  
A-1090 Wien

**REBAS 15 –**  
**Verein für Beratung ausländischer SchülerInnen in Wien 15**  
Gasgasse 8-10/Stg. 4/1.Stock/Zi. 134  
A-1150 Wien

**RINIA – Albanischer Verein junger Menschen**  
Währingerstraße 33  
A-1090 Wien

**Seniorenverein von und für Migrantinnen und Migranten**  
Fasangasse 16  
A-1030 Wien

**Verein ZEIT!RAUM**  
Braunhirschgasse 33-37  
A-1150 Wien

**Verein Projekt Integrationshaus**  
Engerthstraße 161-163  
A-1020 Wien

**Verein von Lehrern aus der Türkei**  
Würtzlerstr. 23/20  
A-1030 Wien

**Wiener Hilfswerk – Nachbarschaftszentrum 2**  
Vorgartenstraße 145-157  
A-1020 Wien

**Wiener Integrationsfonds**  
Mariahilferstraße 103  
A-1060 Wien

## 3. Fragebogen

**MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering  
Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten**


 Transnationales Austauschprogramm im Rahmen des Aktionsprogramms  
 der Gemeinschaft zur Bekämpfung Sozialer Ausgrenzung(2002 – 2006)
 

**Erhebungsbogen für ehrenamtliche Initiativen und Projekte in Österreich**

---

**I. Kontaktinformationen**

Name der Initiative / des Projekts: .....

Organisation: .....

Kontaktperson: .....

Straße: .....

Plz und Ort: .....

Telefon: .....

Fax: .....

E-Mail: .....

Internet: .....

---

**II. Organisatorische Angaben**

Gründungsjahr: .....

Anlass zur Gründung: .....

.....

.....

Finanzierungsquellen:

<input type="checkbox"/> eigene Mittel	<input type="checkbox"/> Modellprojektförderung
<input type="checkbox"/> Einkünfte aus der Projektarbeit	<input type="checkbox"/> kommunale Gelder
<input type="checkbox"/> Spenden	<input type="checkbox"/> staatliche Förderung
<input type="checkbox"/> Mitgliedsbeiträge	<input type="checkbox"/> europäische Förderung
<input type="checkbox"/> Beiträge aus Stiftungen	<input type="checkbox"/> Beiträge aus der Arbeitsmarktförderung
<input type="checkbox"/> Sponsorengelder	
<input type="checkbox"/> andere, und zwar: .....	

Anzahl der Ehrenamtlichen: .....

Anzahl der Hauptamtlichen: .....

1

**III. Inhaltliche Angaben**

**Tätigkeitsfelder:**

<input type="checkbox"/> Information	<input type="checkbox"/> Beratung
<input type="checkbox"/> Begegnung	<input type="checkbox"/> Bildung
<input type="checkbox"/> Betreuung	<input type="checkbox"/> Gesundheit
<input type="checkbox"/> Freizeitaktivitäten	<input type="checkbox"/> Kultur
<input type="checkbox"/> Soziale Einbindung und Partizipation	<input type="checkbox"/> Religion
<input type="checkbox"/> Interessenvertretung und Politik	<input type="checkbox"/> Sport

andere, und zwar: .....

---

**Zielgruppen:**

<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer	<input type="checkbox"/> Männer und Jungen
<input type="checkbox"/> Arbeitslose	<input type="checkbox"/> Kinder
<input type="checkbox"/> Frauen und Mädchen	<input type="checkbox"/> Ratsuchende
<input type="checkbox"/> Jugendliche	<input type="checkbox"/> Senioren

andere, und zwar: .....

**Nationalitäten und Herkunft der Zielgruppen:**

eine Nationalität / Herkunft: .....

verschiedene Nationalitäten / Herkunft : .....

---

**Ziele:**

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

**Detaillierte Beschreibung der Aktivitäten (bitte unterscheiden Sie, welche Aktivitäten von Ehrenamtlichen und welche von Hauptamtlichen durchgeführt werden):**

.....

.....

.....

*weiter auf der nächsten Seite*

noch: Aktivitäten

Durch welche Aktivitäten gewinnen Sie neue Ehrenamtliche und wie halten Sie sie?

Welche Arbeits- und Kooperationskontakte haben Sie zu anderen Organisationen?  
(Nichtregierungsorganisationen, lokale und nationale Behörden, Selbsthilfegruppen etc.)

Bitte senden Sie uns auch Falblätter, Broschüren und andere Informationsmaterialien der Initiative / des Projekts an uns und senden Sie den Erhebungsbogen an das Europäische Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Mag. Margit Grilz-Wolf, Berggasse 17, 1090 Wien per Email oder mit den weiteren Unterlagen per Post.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Für Fragen wenden Sie sich bitte an:

Mag. Margit Grilz-Wolf, Tel.: 01 3194505-44, Fax: 01 3194505-59  
Email: grilz-wolf @euro.centre.org

## 4. Agenda des nationalen Vernetzungstreffens

### **MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten**

 Transnationales Austauschprogramm im Rahmen des Aktionsprogramms   
der Gemeinschaft zur Bekämpfung Sozialer Ausgrenzung(2002 – 2006)

### **≡ Nationales Treffen ≡**

**Freitag, 13. Juni 2003, 10-16 Uhr, Europäisches Zentrum,  
1090 Wien, Berggasse 17, 2. Stock, Konferenzraum**

#### **Programm**

- |           |   |
|-----------|---|
| 10.00 Uhr | Begrüßung und Vorstellung der TeilnehmerInnen   |
| 10.30 Uhr | Präsentation des Projektes<br>- Ziele<br>- Methoden<br>- Produkte / Ergebnisse<br><i>mit einer Darstellung der Situation in den Niederlanden von unserem<br/>Projektpartner in den Niederlanden Community Partnership Consultants,<br/>Angelika Münz und einer Darstellung der Situation in Deutschland von<br/>INBAS-Sozialforschung, Susanne Huth</i> |
| 11.30 Uhr | Pause   |
| 12.00 Uhr | Fragen und Anregungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen<br>zum Projekt   |
| 13.00 Uhr | Gemeinsames Mittagessen   |
| 14.30 Uhr | Perspektiven zur Phase II dieses EU-Projektes für NGO's und<br>Selbstorganisationen<br><i>mit einer ausführlichen Information einer möglichen Teilhabe an dieser<br/>2.Phase von der EU-Projektkoordinationsstelle INBAS-Sozialforschung<br/>(Institut für Berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik), Susanne Huth</i>                       |
| 16.00 Uhr | Ende des Nationalen Treffens  |

---

## 5. TeilnehmerInnenliste des nationalen Vernetzungstreffens

### *TeilnehmerInnenliste*

*„Nationales Treffen“ zum Transnationalen Austauschprogramm:*

*Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen*

*MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering*

#### **Bertalan, Eva**

**Wiener Hilfswerk, NZ 17**

Hernalser Hauptstraße 53

1170 Wien

Tel.: +43 1 4039433

Fax: +43 1 4039433-18

Email: n17@wiener.hilfswerk.at

Web: www.wiener.hilfswerk.at

#### **Grilz-Wolf, Margit**

**Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung**

Berggasse 17

A-1090 Wien

Tel.: +43 1 3194505-44

Fax: +43 1 3194505-59

Email: grilz-wolf@euro.centre.org

Web: www.euro.centre.org

#### **Hoffman, Claudia**

**Verein ZEIT!RAUM**

Braunhirschgasse 33-37

A-1150 Wien

Tel.: +43 1 8957267

Fax: +43 1 895943416

Email: office@zeitraum.co.at

Web: www.zeitraum.co.at

#### **Huth, Susanne**

**INBAS-Sozialforschung**

Nonnenpfad 14

D-60599 Frankfurt am Main

Tel.: +49 69 65302061

Fax: +49 69 655096

Email: susanne.huth@inbas-sozialforschung.de

Web: www.inbas-sozialforschung.de

**Ivankovic, Borko**  
**Seniorenverein von und für Migrantinnen und Migranten**  
Haidingergasse 29/1  
A-1030 Wien  
Tel.: +43 1 7104564-12  
Fax: +43 1 7104564-19  
Email: b.ivankovic@wif.wien.at

**Münz, Angelika**  
**Community Partnership Consultants**  
Huddestraat 3  
NL-1018 HB Amsterdam  
Tel.: +31 30 6261208  
Fax: +31 30 20 6261167  
Email: angelika.munz@community-partnership.net  
Web: www.community-partnership.net

**Kapeller, Doris**  
**Verein Peripherie**  
Friedrichgasse 3/II  
A-8010 Graz  
Tel./Fax: +43 316 817342  
Ansprechpersonen:  
Email: kapeller@peripherie.ac.at  
Web: www.peripherie.ac.at

**Strümpel, Charlotte**  
**Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung**  
Berggasse 17  
A-1090 Wien  
Tel.: +43 1 3194505-24  
Fax: +43 1 3194505-59  
Email: struempel@euro.centre.org  
Web: www.euro.centre.org

*und von der Abteilung „Migrationsforschung“ des Europ. Zentrums:  
Theodora Manolacos, Karin Sohler, Helene Trauner*